

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort

Datum: 11.10.2010

SPD: Neuer Vorstoß in Richtung Sozialer Wohnungsbau

(Rödermark) Der Mangel an kleinen, finanzierbaren Wohnungen werde mittelfristig deutlich zunehmen. In einem Berichts Antrag fordert die SPD den Magistrat deshalb auf zu prüfen, auf welchen stadteigenen Grundstücken Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau möglich wären, welche Wohnflächen dabei geschaffen werden können und wie die Finanzierung gesichert werden kann.

„Es gibt ohne Zweifel Bedarf an sozialem Wohnungsbau in Rödermark“, so Hatice Cavus, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Rödermärker Stadtparlament. Aus den einschlägigen Veröffentlichungen für die Rhein-Main-Region zitiert sie auch gleich die Fakten: Im Jahr 1987 gab es in Deutschland 3,9 Mio. Wohnungen im sozialen Wohnungsbau; bei der letzten Volks- und Gebäudezählung Ende 2001 war der Bestand geschrumpft auf rund 1,8 Millionen. Szenarien, wonach sich diese Zahl in den letzten 9 Jahren erneut halbiert habe, sind aus ihrer Sicht realistisch. „Der soziale Wohnungsbau wurde in den letzten zwanzig Jahren ziemlich vernachlässigt“, so Cavus. Daher sei es notwendig, in dieser Frage auch in Rödermark nachzuhaken und den Magistrat mit einem entsprechenden Prüfungsauftrag zu versehen.

Bei dieser Prüfung müsste der Magistrat nach den Vorstellungen der SPD davon ausgehen, dass vor allem der Bedarf an Zweizimmerwohnungen stark wächst. Die Ursachen dafür liegen nach Auffassung der SPD in der sozialen und demografischen Entwicklung: späte Familiengründungen, Zunahme von Alleinerziehenden-Haushalten, Einrentnerhaushalte.

Die Wohnraumsituation einer Familie spiele eine wichtige Rolle für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. „Die ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum gehört zu den Grundaufgaben kommunaler Politik“, wird Cavus von Hidir Karademir unterstützt. Im Rhein-Main-Gebiet wüchsen die Mieten derzeit explosionsartig und wären teilweise schon für Normalverdiener kaum noch finanzierbar. Die Zahl der Menschen, die volle 8 Stunden arbeiten würden und dennoch Transferleistungen bekämen, sei auch deshalb enorm angestiegen. Die Bezieher kleiner, ja auch mittlerer Renten können bedarfsgerechte Wohnungen auf Grund der hohen Mieten kaum noch aufbringen.

Daher, so Cavus und Karademir abschließend, sollte nun der Wunsch der SPD ernsthaft geprüft werden. Der Bedarf bestehe. Deshalb müsse dann auch die Finanzierungsfrage geklärt und das Angebot an kleineren Wohneinheiten in der Stadt im Rahmen eines oder mehrerer Projekte im sozialen Wohnungsbau gefördert werden.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer, Mobil: 0173 – 3016161 Email: lauer@spd-roedermark.de